
**Stellungnahme
der Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.**

**zur Antwort der Landesregierung
auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP**

Drucksache 16/1847

**Schleswig-Holsteinischer
Wirtschaftsausschuss,**

Vorbemerkung:

Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich die Landesregierung und der Wirtschaftsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages mit dem Thema „Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit in Schleswig-Holstein“ eingehend befasst haben. Das Thema „Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit“ ist seit Jahrzehnten ein ernst zu nehmendes Problem, welches umgehend effektiv eingedämmt werden muss.

Im Einzelnen:

Wie sich aus der Antwort der Landesregierung ergibt, liegen speziell für Schleswig-Holstein keine gesicherten Erkenntnisse über den Umfang der Schwarzarbeit vor. Schon diese Tatsache ist ein Indiz, dass Schwarzarbeit kein schleswig-holstein-spezifisches Problem ist, sondern bundesweite Bedeutung hat. Wie in der Antwort der Landesregierung angekündigt, muss Schleswig-Holstein auch in Zukunft erhebliche Anstrengungen zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit intensiv fortführen und sich für eine Verstetigung der Zusammenarbeit aller Akteure einsetzen. Die Schwarzarbeit darf in Schleswig-Holstein nicht geduldet werden.

Des Weiteren bedarf es auf Bundesebene effektiver Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Dabei ist es entscheidend, dass nicht primär die Symptome, sondern die maßgebenden Ursachen für illegale Beschäftigung bekämpft werden. Stärkere Kontrollen und härtere Sanktionen können nur wenig Erfolg haben, solange die tatsächlichen Ursachen bestehen bleiben.

Die wesentlichen Gründe für das Ansteigen der Schattenwirtschaft liegen, wie auch in renommierten Studien immer wieder hervorgehoben wird, in der hohen Steuer- und Abgabenbelastung, der Verunsicherung der Bürger durch die Steuer- und Sozialgesetzgebung und die Verkürzung der Arbeitszeiten. Korrekturen an diesen Punkten würden nicht nur das Klima für wirtschaftliche Dynamik und die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze verbessern, sondern auch einen zumindest nicht unwesentlichen Teil der illegalen wirtschaftlichen Betätigung wieder in die Legalität führen.

Ein Hauptaugenmerk sollte in Deutschland zukünftig auf die Lohnzusatzkosten gerichtet werden. So ist aus Sicht der Experten die gemäßigte Entwicklung der Lohnnebenkosten in den vergangenen Jahren Hauptursache für das anhaltende Beschäftigungswachstum in Deutschland. Sinkende Lohnkosten können die Wirtschaft auf Wachstumskurs halten und einen erheblichen Beitrag zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft leisten. Wünschenswert wäre daher, eine zügige Reformierung der Lohnzusatzkosten auf den Weg zu bringen.

Ein richtiger Schritt zur Eindämmung von Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft war unter anderem auch im Jahr 2004 die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung (Minijobs). Nach wissenschaftlichen Studien haben Minijobs bei der Eindämmung von Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft einen äußerst positiven Beitrag geleistet. Danach ist die Schattenwirtschaft in Deutschland im Zeitraum von 2003 bis 2006 erstmals um rund 6,6 % oder rund 24,5 Mrd. € zurückgegangen.

Außerdem weisen wir darauf hin, dass gesetzliche Lohnuntergrenzen das Abwandern von einfachen Arbeitsplätzen und Dienstleistungen in die Schwarzarbeit bzw. Schattenwirtschaft fördern würden. Dies kann zukünftig nicht gewollt sein.

Abschließend verweisen wir auf die Ihnen vorliegenden Stellungnahmen des Bauindustrieverbandes Schleswig-Holstein e. V. und des Wirtschaftsverbandes Handwerk Schleswig-Holstein e. V., die wir inhaltlich zum Gegenstand unseres Vortrages machen.

UV Nord – Vereinigung
der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig - Holstein e.V.



(Sebastian Schulze)